

Haushalt 2011 – Für einen Politikwechsel und mehr soziale Gerechtigkeit in NRW

Das bisschen Haushalt....

Zielstellung

Ziel der Partei DIE LINKE ist es, einen Politikwechsel für das Land zu erreichen, der den Menschen und der Verbesserung des Lebensumfeldes zu Gute kommt. Dies geht nur durch deutlich höhere Ausgaben, insbesondere für Investitionen im Sozial- und im Bildungsbereich, die ebenso dringend erforderlich sind wie auch für die Kommunen im Land. Diese befinden sich bis auf wenige Ausnahmen in einer dramatischen Haushaltsschiffelage und ihre sozialen Handlungsspielräume sind demzufolge drastisch eingeschränkt.

Ein original LINKER Haushalt ist nicht von der fatalen Logik getragen, das Land kaputt zu sparen, wie das insbesondere CDU und FDP aktuell mit ihrem Spardiktat wollen und in ihrer Regierungszeit von 2005 bis 2010 real gemacht haben.

Zur Chronologie:

Die SPD-Grüne Landesregierung legte Mitte Februar 2011 den Entwurf des Gesetzes über die Festlegung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 vor.

Am 15.02.2011 legte die Regierung zudem eine erste Ergänzungsvorlage vor. Darin gab sie für 2011 zu erwartende Minderausgaben in Höhe von rd. 222,2 Mio. EUR, zu erwartende Steuereinnahmen in Höhe von rd. 500 Mio. EUR sowie weitere Mehreinnahmen in Höhe von 8 Mio. EUR bekannt. Diese Mehreinnahmen und Minderausgaben von insgesamt 730,1 Mio. EUR sollen alle – so die Landesregierung – zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt werden. Die eigenfinanzierten Investitionen betragen 3.771,6 Mio. EUR. Die geplante Nettoneuverschuldung wurde neu mit 7.118,5 Mio. EUR angesetzt.

Am 15.03.2011 urteilte der Verwaltungsgerichtshof zum Nachtragshaushalt 2010 und stellte fest, dass die Überschreitung der Regelverschuldungsgrenze nicht nachvollziehbar und hinreichend dargelegt wurde.

Am 05.04.2011 gaben daraufhin die Fraktionsvorsitzenden SPD-Römer und Grünen-Priggen bekannt, durch „konsequente Nutzung“ zusätzlicher Mehreinnahmen und Minderausgaben die Nettoneuverschuldung von den ursprünglich beabsichtigten 7,1 Milliarden Euro auf 4,85 Milliarden Euro absenken zu wollen. Damit läge der Haushalt 2011 nur noch rund 950 Mio. Euro über der Verfassungsgrenze: Fazit: SPD und Grüne wollen die konjunkturellen Steuermehreinnahmen allein zur Senkung der Neuverschuldung verwenden aus Angst vor der Drohkulisse die durch das Verfassungsgerichtsurteil entstanden ist. SPD und Grüne haben weiterhin die neoliberale Schere im

Kopf. Statt wirksame Zukunftsinvestitionen zuzulassen sperren sie die Aussicht auf mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit für Tausende von Menschen. Konnten wir im Februar noch anerkennen, dass es mutig war, eine ursprüngliche Neuverschuldung von 7,85 Milliarden EUR einzubringen, müssen wir jetzt erkennen, dass die Landesregierung nach dem neoliberal motiviertem Urteil des Verfassungsgerichtshofes unverkennbar eingeknickt ist. Die Drohung von CDU und FDP, erneut zu klagen, hat erschreckend schnell Wirkung gezeigt.

Der Haushaltsplan der „Koalition der Einladung“ von SPD und GRÜNEN ist deshalb auch eine Einladung an CDU und FDP. Am sichtbarsten wird das im Bereich der Haushaltskonsolidierung: Die Landesregierung will die sprudelnden Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe vollständig in die Haushaltskonsolidierung stecken. Diese Herangehensweise ist das Gegenteil der LINKE Position, dass in allen Politikfeldern für deutlich höhere Ausgaben eintritt, um Armut zu bekämpfen, Bildungschancen zu eröffnen und durch soziale Sicherheit, gute Arbeit und Bildung überhaupt die Voraussetzung für stabile Einnahmen der öffentlichen Hand zu schaffen. Weiter ist die einhellige Position der LINKEN in NRW, dass eine Landesregierung, die sich einen Politikwechsel für NRW auf die Fahnen geschrieben hat, Investitionen in Bildung, Soziales, Kultur und Ökologie insbesondere in den Kommunen im Zweifel durch Schulden finanzieren muss, solange die Bundespolitik die dringend nötige Umverteilung der Vermögen zu Gunsten der Mehrheit der Bevölkerung nicht angeht, sondern stattdessen immer mehr Armut produziert. Betont werden soll, dass DIE LINKE nicht grundsätzlich für eine höhere Neuverschuldung eintritt, sondern vielmehr für eine Verbesserung der Einnahmeseite durch mehr Steuergerechtigkeit. Entsprechend hat die LINKE-Fraktion auch bereits mehrere Anträge gestellt, wie z. B. für eine höhere Spitzen- und Erbschaftsteuer und eine Millionärsteuer, die aber mit den anderen Parteien nicht zu realisieren sind.

Ein reines Spardiktat wird sich aber immer gegen diejenigen richten, die sowieso wenig haben, sozial benachteiligt sind und sich gerade keine private Vorsorge leisten können.

Zum Zustimmung:

Der vorliegende Landeshaushalt ist für DIE LINKE nicht zustimmungsfähig. Auch nach möglichen von der Linken durchgesetzten kleinen Korrekturen wird er kein linker Haushalt werden.

Zur *Haushaltskonsolidierung* wurde in der Chronologie einiges gesagt.

Kommunen: Die Landesregierung will den Kommunen erhebliche zusätzliche Mittel in dreistelliger Millionenhöhe zur Verfügung stellen. Diese Mittel sind allerdings nicht ausreichend, um die strukturelle Unterfinanzierung der meisten Kommunen ansatzweise aufzufangen, was dann vieler Orts zu Stellen-, Sozialabbau und Privatisierung führt. Die Anträge unserer Fraktion dazu wurden abgelehnt.

Sozialticket: 15 Mio. Euro für das Sozialticket (2. Halbjahr 2011) ist viel zu wenig, auch wenn es einen ersten Einstieg darstellt. Dabei wäre es ohne weiteres möglich, für ein landesweites Sozialticket als eine unserer zentralen Forderungen ca. 100 Mio. Euro vorzusehen, um die mit Hartz IV einhergehende menschenverachtende Repression in geringem Umfang abzumildern.

Globale Minderausgabe (GMA): Durch die geplante Ausbringung einer globalen Minderausgabe von über 500 Millionen Euro zur Verringerung der Nettoneuverschuldung bleibt noch zum Teil unklar, ob und wenn ja, wo es in den Einzelhaushalten zu konkreten Kürzungen kommt. Erfahrungsgemäß wird zwar der überaus größte Teil, wenn nicht die vollständige Summe, durch übriggebliebene Haushaltsreste weitgehend aufgebracht. Es gilt aber: Wenn es zu tatsächlichen Einsparungen von Positionen kommen sollte, die LINKE Zielen widersprechen, und nicht nachgewiesen wird, dass es nur zum Vollzug von Haushaltsresten kommt, ist dies jeweils abzulehnen. Grundsätzlich bleibt dieses Verfahren auch unter demokratischen Gesichtspunkten und der parlamentarischen Entscheidungs- und Kontrollfunktion fragwürdig.

Studiengebühren: Für die geplante Abschaffung der Studiengebühren zum nächsten Wintersemester sind im Haushalt lediglich 125 Mio. Euro als Ausgleichszahlungen an die Hochschulen vorgesehen. Das ist zu wenig, unsere Fraktion fordert deshalb 100 Mio. Euro zusätzlich. Das fehlende Geld wird sich negativ auswirken auf die Qualität von Lehre und Studium.

Frauenpolitik: Die von SPD und Grünen eingestellten Mittel für den Bereich Frauen, Gleichstellung und Emanzipation sind nicht ausreichend, um die bereits vorhandenen Maßnahmen den Anforderungen entsprechend zu organisieren. Es fehlt in den Frauenhäusern, Beratungsstellen und Notrufen nach wie vor an Geld und Personal.

Innenpolitik und Justiz: Für den Verfassungsschutz sind Millionenbeträge eingestellt, wobei wir nicht einmal wissen, wie viel der VS wirklich bekommt – das weiß maximal das Parlamentarische Kontrollgremium in dem wir nicht vertreten sind - . Ebenso problematisch sind die Mittel für die Abschiebeknäste. Rund 10 Millionen sind für die Menschenrechtsverletzung der Abschiebehaft eingestellt.

Kita/Kibiz: Die Fraktionen von SPD und Grünen haben den Gesamtetat für die Personalkosten, die sogenannte Kindpauschale, um 32 Mio. Euro reduziert. Dieses Geld wird den Kindertagesstätten im Kindergartenjahr 2011/12 bitter fehlen. Das zeigt, dass die Landesregierung es mit einer nachhaltigen KiBiz-Revision nicht ernst meint, auch wenn sie gleichzeitig ankündigt, im Rahmen der KiBiz-Revision zusätzlich zum bestehenden Etat 42,5 Mio. Euro für die Einstellung von neuen Personalkräften in den Kindertagesstätten bereitzustellen. Mit der jetzigen Kürzung im Gesamtetat reduziert sich diese Mittelerhöhung aber auf maximal 10,5 Mio. Euro.

Gesundheit: SPD und Grüne halten an der pauschalen Förderung der Krankenhäuser fest, statt eine bedarfsorientierte Einzelförderung einzuführen. Das Land NRW hat die niedrigste Investitionsquote in die Krankenhäuser aller Bundesländer. Dies befördert Privatisierungen.

Dies sind nur einige Punkte, an denen deutlich wird, dass wir, DIE LINKE diesem Haushalt nicht zustimmen können und werden. Ein umfassender Politikwechsel aus unserer Sicht und für die

Menschen in diesem Land würde ansatzweise nur dann eingeleitet werden, wenn mindestens die folgenden Punkte umgesetzt werden würden:

- Deutliche Zugeständnisse auf den vier Kernfeldern unserer Fraktion: Kommunalfinanzen, prekäre Beschäftigung/Leiharbeit, Bildung und Wohnungsbau
- Eine deutliche Erhöhung der Mittel für ein NRW-weites Sozialticket
- Die Rücknahme der globalen Minderausgabe von über 500 Mio. Euro
- Die Zusage, im Bundesrat Initiativen für die Abschaffung der Hartz IV-Gesetzgebung und insbesondere für ein Sanktionsmoratorium, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer von 42 auf 53 %, die Einführung der Millionärsteuer und einer Finanzmarkttransaktionsteuer einzubringen.

Zur Enthaltung und zur Ablehnung

Dennoch kann festgestellt werden, dass die SPD-Grüne Landesregierung auf vielen Politikfeldern neue Akzente gegenüber der Politik der schwarz-gelben Landesregierung gesetzt hat, dies auch unter dem Druck der fehlenden Mehrheit im Landtag. DIE LINKE kann sich diese Verbesserung mit Recht auf ihre Fahnen schreiben.

Benannt seien hier exemplarisch

- 1908 zusätzliche Personalstellen
- für die Kindertagesstätten wurden zusätzlich 380 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, davon rund 240 Mio. Euro für der Betreuung der unter 3-jährigen und einem beitragsfreien Kindergartenjahr
- Gebührenfreiheit nach der Abschaffung der Studiengebühren
- Förderung von Flüchtlingsinitiativen und Flüchtlingsrat
- Förderung von Initiativen gegen rechtsextreme und rassistische Gewalt
- Wiedereinführung der Förderung von Erwerbslosenberatungsstellen
- Förderung der politischen Bildungsarbeit von anerkannten Einrichtungen sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Erhöhung der Mittel für Insolvenzberatung im Rahmen der Familienhilfe
- Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5 Prozent

Wie ist und wie war unser Einfluss auf den Haushalt? Unsere Fraktion hat mit ihren 87 Haushaltsanträgen deutlich gemacht, wo eine dringende Korrektur für eine sozialere Politik notwendig wäre. Nur in wenigen Punkten ist es gelungen, mit SPD und Grünen noch weitere Verbesserungen zu erreichen. Unsere Sicht auf den Haushalt ist offensichtlich nicht die Sicht von SPD und Grünen darauf und erst recht nicht die Sicht auf die Landtagswahlprogramme von SPD und Grünen, die offenbar den von Hannelore Kraft bereits vor einem Jahr angekündigten „Realitätscheck“ zu großen Teilen nicht überlebt haben.

Die LINKE ist im Landtag NRW erst seit einem Jahr vertreten. Sie hat sich in diesem Zeitraum aufgestellt, organisiert und operativ gehandelt. Sie ist eine kleine und eine im Landtag neue Fraktion. Doch spielt sie aufgrund der Verhältnisse im Landtag NRW eine besondere Rolle, die nicht zu unterschätzen ist, aber auch nicht überbewertet werden sollte. Der Umgang mit der Minderheitsregierung ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die es der LINKEN nicht immer leicht macht, ein klares NEIN auszusprechen. Denn es geht immer auch um die Frage, wie DIE LINKE damit umgeht, dass es in NRW eine schwache Regierung und ein starkes Parlament hat. Die durchaus vorhandenen politischen Erfolge im Rahmen des Nachtragshaushalts 2010 sowie die durchgesetzte Abschaffung der Studiengebühren sollten nicht dazu (ver)führen, zu einer noch wesentlich höheren bzw. unerfüllbaren Erwartungshaltung an die Fraktion DIE LINKE zu kommen, die mit 5,6 Prozent und 11 Abgeordneten von insgesamt 181 Abgeordneten in den Landtag gewählt wurde.

Der erste ordentliche Haushalt 2011 stellt in jeder Hinsicht für die Partei und die Fraktion DIE LINKE eine große Herausforderung dar. Bei der vorzunehmenden Bewertung ist von Bedeutung, inwieweit sich mit dem Haushalt 2011 nicht nur ein schlichter Regierungswechsel vollzieht, sondern sich auch erste Schritte in Richtung des von uns geforderten und vorangetriebenen Politikwechsels erkennen lassen.

Neben den zusätzlichen Personalstellen und der zusätzlichen finanziellen Förderung in vielen Bereichen, von den Kindertagesstätten über die Schul- und Hochschulfinanzierung bis hin zu sozialen und ökologischen Initiativen, bleibt zunächst vieles nur in Ansätzen stecken.

Gleichzeitig bleiben wir mit unseren 11 Abgeordneten und den erreichten 5,6 % weit hinter dem zurück, was wir in unserem Landtagswahlprogramm zu Papier gebracht haben.

Zukünftig muß es gelingen, in einem wirksamen Zusammenspiel zwischen Partei, Fraktion und außerparlamentarischen Initiativen mehr Durchschlagskraft zu entwickeln, um einen tatsächlichen Politikwechsel zu erreichen.